

**Schriften zum Prozessrecht**

---

**Band 281**

# **Verbraucherrechtsdurchsetzung bei Massenschäden**

**Ein Beitrag zu Grenzen des Individualrechtsschutzes  
und zur Perspektive der Musterfeststellungsklage**

**Von**

**Maximilian Dettmer**



**Duncker & Humblot · Berlin**

MAXIMILIAN DETTMER

# Verbraucherrechtsdurchsetzung bei Massenschäden

Schriften zum Prozessrecht

Band 281

# Verbraucherrechtsdurchsetzung bei Massenschäden

Ein Beitrag zu Grenzen des Individualrechtsschutzes  
und zur Perspektive der Musterfeststellungsklage

Von

Maximilian Dettmer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Augsburg hat diese Arbeit  
im Jahre 2021 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D384

Alle Rechte vorbehalten  
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin  
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0582-0219  
ISBN 978-3-428-18568-9 (Print)  
ISBN 978-3-428-58568-7 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 von der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur wurden für die Druckfassung bis Jahresende 2021 berücksichtigt.

Zuvörderst gilt mein Dank meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Raphael Koch, LL.M. (Cambridge), EMBA für die Betreuung dieser Arbeit sowie für die Möglichkeit, mich durch meine zweieinhalbjährige Tätigkeit an seinem Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilverfahrensrecht, Unternehmensrecht, Europäisches Privat- und Internationales Verfahrensrecht fachlich wie persönlich weiterentwickeln zu können. Er führte stets mit Vertrauen in das eigenständige Vorgehen, stand aber ebenso mit wertvollem Rat in jederzeit angenehmen Gesprächen zur Seite. Herrn Professor Dr. Thomas M. J. Möllers bin ich für die bemerkenswert schnelle Erstellung des Zweitgutachtens zu Dank verpflichtet.

Weiterhin möchte ich denjenigen danken, die mir gerade zu Beginn meiner Zeit in Augsburg die Eingewöhnung äußerst leicht machten. Dazu zählen besonders Dr. Lisa-Marie Friebe, Dr. Christine Biggen und Dr. Timo Fietz, die mich darüber hinaus mit den erfolgreichen Abschlüssen ihrer Dissertationen ermutigten und mit denen ich v. a. schöne Erinnerungen teile. Dies gilt gleichermaßen für Nicolas Sander. Zudem danke ich Marc Chrzan für das sorgfältige wie kritische Korrekturlesen dieser Arbeit.

Ferner will ich meinen Freunden der „alten Heimat“, auf deren Unterstützung und Teilhabe ich mich trotz der Entfernung in guten wie in schlechten Zeiten verlassen kann, meinen Dank aussprechen. Jenes gilt ebenso für meine Partnerin Catarina Da Costa Meira. Ihre positive Energie, ihr Zuspruch und ihr Verständnis haben mir wesentlich geholfen, mein Promotionsvorhaben erfolgreich zu vollenden.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern Angelika und Andreas Dettmer, ohne deren unerschütterliches Vertrauen und liebevolle Zuneigung ich meinen bisherigen Lebensweg so nicht hätte gehen können. Es macht mich überaus stolz, zu wissen, dass meine Dissertation ihrem heimischen Bücherregal das erste juristische Werk hinzufügen und dort ganz gewiss einen besonderen Platz finden wird.

Augsburg, im Januar 2022

*Maximilian Dettmer*



# Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung .....	15
A. Hintergrund .....	16
B. Untersuchungsanlass .....	20
C. Wissenschaftliche Zielsetzung und Gang der Darstellung .....	26

## *1. Teil*

<b>Zivilprozessuale Problematik von Massenschäden</b> .....	<b>28</b>
§ 2 Prozessrechtlicher Rahmen .....	28
A. Leitbild des Zivilprozesses .....	28
B. Zweck des Zivilprozesses .....	39
C. Fazit .....	44
§ 3 Defizite des Individualrechtsschutzes .....	45
A. Prozessunökonomische Verfahrensbewältigung .....	46
B. Prozessuales Ungleichgewicht .....	52
C. Rationales Desinteresse .....	63
D. Typisierung von Massenschäden .....	79
§ 4 Lösungsansätze für Massenschäden .....	84
A. Ausklammerung echter Bagatellschäden .....	84
B. Potenziale und Grenzen des Individualrechtsschutzes .....	86
C. Bedürfnis für Kollektivrechtsschutz .....	92

## *2. Teil*

<b>Einordnung der Musterfeststellungsklage</b> .....	<b>99</b>
§ 5 Ausgestaltung des Verfahrens .....	99
A. Grundstruktur .....	99
B. Zulässigkeit .....	109
C. Einleitung und Ablauf des Verfahrens .....	116
D. Beendigung .....	127
§ 6 Systematische Vereinbarkeit .....	137
A. Prozessrechtliche Rahmenbedingungen .....	137
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	142



C. Verhältnis zu weiteren ZPO-Vorschriften .....	163
D. Fazit .....	171

### *3. Teil*

<b>Perspektive der Musterfeststellungsklage</b>	<b>172</b>
§ 7 Weiterentwicklung des Kernkonzeptes .....	172
A. Zweistufigkeit des Modells .....	173
B. Umsetzungsperspektive der Verbandsklagenrichtlinie .....	186
C. Stärkung der Anschlusslösungen .....	208
D. Fazit .....	227
§ 8 Einzelfragen .....	229
A. Finanzierung .....	229
B. Anmeldung .....	248
C. Haftung .....	264

### *4. Teil*

<b>Schlussbetrachtung</b>	<b>273</b>
§ 9 Ergebnisse .....	273
A. Zivilprozessuale Problematik von Massenschäden (1. Teil) .....	273
B. Einordnung der Musterfeststellungsklage (2. Teil) .....	275
C. Perspektive der Musterfeststellungsklage (3. Teil) .....	278
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>281</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	<b>298</b>

# Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung .....	15
A. Hintergrund .....	16
I. Zunehmende Massenschadensfälle .....	16
II. Bisherige Bündelungsmöglichkeiten .....	18
B. Untersuchungsanlass .....	20
I. Zwischenbilanz .....	20
II. Rechtspolitische Entwicklungen .....	23
C. Wissenschaftliche Zielsetzung und Gang der Darstellung .....	26

## *1. Teil*

<b>Zivilprozessuale Problematik von Massenschäden</b>	<b>28</b>
---	-----------

§ 2 Prozessrechtlicher Rahmen .....	28
A. Leitbild des Zivilprozesses .....	28
I. Begriff der Parteien .....	29
II. Bedeutung der Parteistellung .....	30
III. Prozessmaximen .....	31
1. Dispositionsmaxime und rechtliches Gehör .....	32
2. Verhandlungsmaxime .....	33
IV. Konsequenzen bei Massenschäden .....	34
1. Grenzen des Individualrechtsschutzes .....	35
2. Vorgaben für den Kollektivrechtsschutz .....	36
a) Konzentration der Verfahrensleitung .....	36
b) Disposition über Verfahrensbeteiligung .....	38
B. Zweck des Zivilprozesses .....	39
I. Individualrechtsschutz .....	39
II. Kollektivrechtsschutz .....	40
1. Verbandsklagen mit gesetzlichem Mandat .....	41
2. Bündelungsformen (auch) mit Individualmandat .....	42
C. Fazit .....	44
§ 3 Defizite des Individualrechtsschutzes .....	45
A. Prozessunökonomische Verfahrensbewältigung .....	46
I. Justiz als begrenzte Ressource .....	46
II. Verzögerungsgefahren durch Klagewellen .....	49

III. Auswirkungen paralleler Prozesse .....	49
IV. Fazit .....	51
B. Prozessuales Ungleichgewicht .....	52
I. Unternehmerisches Abwehrinteresse .....	53
1. Präzedenzherbeiführung .....	54
2. Präzedenzverhinderung .....	55
II. Unternehmerische Abwehrstrategie .....	56
III. Auswirkungen auf Rechtsdurchsetzung .....	59
1. Beeinträchtigung prozessualer Waffengleichheit .....	59
2. Hervorrufen eines Abschreckungseffekts .....	62
C. Rationales Desinteresse .....	63
I. Verbraucherinnen als Betroffene .....	63
1. Schwächen im rechtlichen Konflikt .....	64
2. Flucht aus dem Individualverfahren .....	65
II. Relevante Faktoren .....	68
1. Kosten .....	69
a) Zusammensetzung und Prozesskostenrisiko .....	69
b) Kostenreduzierung .....	71
c) Fazit .....	73
2. Aufwand .....	74
a) Zeitliche Faktoren .....	74
b) Psychologische Faktoren .....	77
III. Abwägungsentscheidung über Rechtsverfolgung .....	78
D. Typisierung von Massenschäden .....	79
I. Abgrenzung nach Abwägungsabhängigkeit .....	80
II. Richtwert für Bagatellbereich .....	82
§ 4 Lösungsansätze für Massenschäden .....	84
A. Ausklammerung echter Bagatellschäden .....	84
B. Potenziale und Grenzen des Individualrechtsschutzes .....	86
I. Beschleunigtes Online-Verfahren .....	86
II. Digitale Einkleidung und Unterstützung .....	88
III. Vorabentscheidungsverfahren .....	90
C. Bedürfnis für Kollektivrechtsschutz .....	92
I. Modellierungen .....	93
1. Zielrichtung (Muster)Feststellung .....	94
2. Zielrichtung Leistung .....	95
II. Qualitätsmerkmale .....	95
1. Systemkonformität und Balance .....	96
2. Effizienz und Effektivität .....	97

*2. Teil*

<b>Einordnung der Musterfeststellungsklage</b>	<b>99</b>
§ 5 Ausgestaltung des Verfahrens	99
A. Grundstruktur	99
I. Beteiligte	100
1. Klägerseite	100
a) Prozessstandschaft der Musterklägerin	101
b) Anmeldebefugnis der Verbraucherinnen	102
2. Beklagtenseite	104
II. Klagegegenstand	104
III. Zuständigkeit und Rechtsmittel	107
B. Zulässigkeit	109
I. Klagebefugnis qualifizierter Einrichtungen	109
1. Mitgliedszahl und Eintragungszeit	110
2. Anforderungen an Interessenwahrnehmung	111
3. Finanzielle Unabhängigkeit	114
4. Fazit	115
II. Voreingrifflichkeit und Quorum	115
C. Einleitung und Ablauf des Verfahrens	116
I. Öffentliche Bekanntmachung im Klageregister	117
II. Anspruchsanmeldung	118
1. Anforderungen	118
2. Rücknahme	120
3. Wirkungen	121
III. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	123
1. Sperrwirkung und Verfahrenskoordination	124
2. Abweichungen zu allgemeinen Verfahrensregeln	126
D. Beendigung	127
I. Musterfeststellungsurteil	128
1. Reichweite der Bindungswirkung	128
2. Rechtsnatur der Bindungswirkung	129
II. Musterfeststellungsvergleich	131
1. Besondere Voraussetzungen	131
a) Genehmigung durch das Gericht	132
b) Austrittsrecht der Verbraucherinnen	133
2. Praktische Umsetzung	134
§ 6 Systematische Vereinbarkeit	137
A. Prozessrechtliche Rahmenbedingungen	137
I. Maximentreue	138

II. Hauptprozesszweck .....	140
III. Fazit .....	142
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	142
I. Anspruch auf rechtliches Gehör .....	143
1. Einschränkungen im Musterfeststellungsverfahren .....	144
2. Freiwilliger Verzicht auf rechtliches Gehör .....	146
a) Zulässigkeit des Gehörsverzichts .....	147
aa) Risiko eines Rechtsnachteils .....	149
bb) Entscheidungsbewusstsein .....	150
b) Ausbau der Schutzvorkehrungen .....	151
3. Fazit .....	154
II. Justizgewährleistungsanspruch/Gebot effektiven Rechtsschutzes .....	155
III. Prozessuale Waffengleichheit .....	157
1. Einschränkung im Musterfeststellungsverfahren .....	157
2. Zeitpunkt eines Gegenantragsrechts .....	159
3. Bestehen eines Gegenantragsrechts .....	160
C. Verhältnis zu weiteren ZPO-Vorschriften .....	163
I. Zulassung einer Klageänderung .....	164
1. Ausgangslage .....	165
2. Klageänderung nach erstem Termin .....	165
II. Zulassung eines Versäumnisurteils .....	169
D. Fazit .....	171

### 3. Teil

<b>Perspektive der Musterfeststellungsklage</b> .....	172
§ 7 Weiterentwicklung des Kernkonzeptes .....	172
A. Zweistufigkeit des Modells .....	173
I. Analyse der Verfahrensszenarien .....	173
1. Anmeldephase .....	174
2. Verfahrensende durch Vergleich .....	176
a) Hindernisse im Musterfeststellungsverfahren .....	177
b) Rahmenbedingungen eines Verbesserungsansatzes .....	179
3. Verfahrensende durch Urteil .....	181
4. Fazit .....	184
II. Spielraum für Umsetzung der Verbandsklagenrichtlinie .....	184
B. Umsetzungsperspektive der Verbandsklagenrichtlinie .....	186
I. Richtlinienvorgaben .....	188
1. Arten von Verbandsklagen .....	189
2. Anwendungsbereich .....	190
3. Klagebefugnis .....	191

4. Einbeziehung der Verbraucherinnen .....	193
5. Informations- und Unterrichtungspflichten .....	195
6. Verfahrensausgang .....	196
II. Abhilfe im Rahmen der Musterfeststellungsklage .....	198
1. Musterfeststellungsklage als taugliches Grundgerüst .....	199
a) Richtlinienkonforme Regelungen .....	199
b) Mögliche Anpassungen .....	201
2. Modellierung eines integrierten Leistungsmechanismus .....	202
a) Entscheidung über Mindestabhilfe .....	203
b) Individuelle Verteilungsphase .....	206
c) Abhilfefrist und Austrittsrecht .....	207
C. Stärkung der Anschlusslösungen .....	208
I. Individualklageweg .....	209
1. Digitalisierungspotenzial .....	209
2. Gebührensenkung .....	211
II. Anderweitige Szenarien .....	212
1. Gebündelte Forderungseinziehung durch Verband .....	212
2. Forderungsabtretung an Inkassodienstleisterinnen .....	214
a) Ausgangslage .....	216
b) Rechtslage ab 1.10.2021 .....	218
aa) Umfang der zulässigen Tätigkeit .....	219
bb) Kombination mit Prozessfinanzierung .....	220
cc) Aufklärung der Verbraucherinnen .....	222
dd) Erweitertes Registrierungsverfahren .....	223
c) Fazit .....	225
3. Anspruch auf Schlichtungsverfahren .....	226
D. Fazit .....	227
§ 8 Einzelfragen .....	229
A. Finanzierung .....	229
I. Finanzierungsbedarf der Musterklägerin .....	231
1. Verfahrensvorbereitung .....	231
2. Verfahrensdurchführung .....	233
II. Handlungsmöglichkeiten .....	236
1. Umgestaltung der Klagebefugnis .....	237
a) Streichung der Zusatzanforderungen .....	237
b) Erweiterung der Klageberechtigung .....	240
2. Ausbau externer Unterstützung .....	242
a) Gewerbliche Prozessfinanzierung .....	242
aa) Hürden <i>de lege lata</i> .....	242
bb) Aussichten <i>de lege ferenda</i> .....	244

b) Staatliche Förderung .....	245
3. Fazit .....	247
B. Anmeldung .....	248
I. Verjährungsfall .....	248
1. Prozessrechtliche Lösung .....	250
2. Materiell-rechtliche Lösung .....	253
a) Rechtsfortbildung <i>de lege lata</i> .....	253
aa) Teleologische Reduktion .....	253
bb) Einzelanalogie .....	254
b) Modifikation <i>de lege ferenda</i> .....	256
3. Sonderfall Scheinverbraucherin .....	257
II. Anspruchsabtretung .....	259
1. Forderungszession nach Anmeldung .....	259
a) Zulässigkeit .....	260
b) Einbeziehung der Zessionarin .....	261
2. Forderungszession vor Anmeldung .....	262
C. Haftung .....	264
I. Ersatzanspruch gegen Musterklägerin .....	264
1. Vertragliches Schuldverhältnis .....	265
2. Gesetzliches Schuldverhältnis .....	267
II. Ersatzanspruch gegen Prozessbevollmächtigte .....	268
III. Fazit .....	271

#### *4. Teil*

<b>Schlussbetrachtung</b>	273
§ 9 Ergebnisse .....	273
A. Zivilprozessuale Problematik von Massenschäden (1. Teil) .....	273
B. Einordnung der Musterfeststellungsklage (2. Teil) .....	275
C. Perspektive der Musterfeststellungsklage (3. Teil) .....	278
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	281
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	298

## § 1 Einleitung

Mit dem am 1.11.2018 in Kraft getretenen Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage<sup>1</sup> hat die deutsche Gesetzgeberin<sup>2</sup> im kollektiven Rechtsschutz<sup>3</sup> wie auch in der Verbraucherrechtsdurchsetzung einen Meilenstein gesetzt. Erstmals befindet sich ein Verfahrensinstrument im sechsten Buch der Zivilprozessordnung (§§ 606 ff. ZPO), das es eingetragenen Verbraucherschutzverbänden (bzw. qualifizierten Einrichtungen) ermöglicht, in verbraucherrechtlichen Angelegenheiten das Vorliegen oder Nichtvorliegen zentraler anspruchsbegründender und -ausschließender Voraussetzungen (sog. Feststellungsziele) mit Bindungswirkung für Verbraucherinnen, die ihre Ansprüche in einem eigens dafür eingerichteten Klageregister wirksam angemeldet haben, *gebündelt* gegen die beklagte Unternehmerin feststellen zu lassen.<sup>4</sup>

Maßgeblicher Auslöser dieser Entwicklung war ein Massenschadensereignis epischen Ausmaßes. Der 2015 bekanntgewordene Skandal um die Manipulation von Abgaswerten in Dieselfahrzeugen mit dem Motor EA 189 der Herstellerin Volkswagen (VW) betraf allein in Deutschland über 2,5 Millionen – mehrheitlich in Verbraucherinhand befindliche – Fahrzeuge<sup>5</sup> und sorgte für großes mediales Aufsehen,<sup>6</sup> unzählige Gerichtsprozesse sowie Druck auf die (Rechts)Politik, insbesondere da sich der Konzern bei der rechtlichen Aufarbeitung janusköpfig zeigte: Während das Unternehmen in den Vereinigten Staaten für von den Justizbehörden verhängte Bußgelder sowie für im Rahmen eines *Class Settlement*-Programms zugunsten der Kundinnen vereinbarte Entschädigungen binnen zwei Jahren insgesamt über 25 Milliarden Euro zahlte, leugnete es hierzulande jegliche Rechtsverstöße, ließ es auf die Einzelverfahren ankommen und konnte sich brei-

---

<sup>1</sup> Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage vom 12.7.2018, BGBl. 2018 Teil I Nr. 26 v. 17.7.2018, S. 1151.

<sup>2</sup> Es wird darauf hingewiesen, dass zur sprachlichen Sensibilisierung hauptsächlich das generische Femininum verwendet wird. Gemeint sind damit jedoch stets alle Geschlechtsidentitäten.

<sup>3</sup> Zum Begriff *Gluding*, Kollektiver und überindividueller Rechtsschutz, S. 44 f. m.w.N.

<sup>4</sup> Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage v. 4.6.2018 (RegE MFK), BT-Drs. 19/2439, S. 15 f.

<sup>5</sup> Inklusive der VW-Konzerntöchter, siehe *Syrbe*, NZV 2021, 225.

<sup>6</sup> Rückblickend statt aller *Hägler*, Die Verzögerungstaktik wird VW noch lange schaden, Artikel der Süddeutschen Zeitung v. 25.5.2020, abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/vw-bgh-urteil-kommentar-1.4917111> (Abrufdatum: 4.1.2022).



ten Ausgleichszahlungen zunächst mit Erfolg entziehen.<sup>7</sup> Auf diese Weise machte sich die Fahrzeugherstellerin eindrucksvoll den Umstand zu eigen, dass das deutsche Zivilverfahrensrecht – jedenfalls bis zum raschen Durchlauf des Gesetzgebungsverfahrens zur Einführung der Musterfeststellungsklage<sup>8</sup> – strukturell nicht auf die Bewältigung eines solchen verbrauchertypischen Massenschadensereignisses vorbereitet gewesen ist.

## A. Hintergrund

Das herkömmliche Leitbild des Zivilprozesses geht, dem Prinzip des *Individualrechtsschutzes* folgend, von einem individuell geführten Verfahren zwischen zwei Parteien aus.<sup>9</sup> Nach diesem bestimmen die Beteiligten selbst, ob, wie und in welchem Umfang sie ihre Rechte gegen einen anderen vor Gericht geltend machen. Eine gemeinschaftliche, *kollektive* Rechtsverfolgung ist danach atypisch. Aufgrund dessen sieht die ZPO eine prozessuale Bündelung, sprich eine gleichzeitige Geltendmachung gleichartiger Ansprüche in einem Zivilverfahren, traditionell nicht vor.

### I. Zunehmende Massenschadensfälle

In Fällen von *Massenschäden* wie dem „Abgasskandal“ wird die Funktionalität dieses Verständnisses jedoch herausgefordert. Solche charakterisiert, dass eine Vielzahl von Personen durch dieselbe oder die gleiche Ursache geschädigt ist und gestützt darauf Schadensersatzansprüche gegen einen oder wenige Haftpflichtige hat.<sup>10</sup> Derartige Ereignisse sind, beeinflusst durch Globalisierung, Digitalisierung und Standardisierung, zunehmend zu beobachten: Der Massenkonsum von Gütern und Dienstleistungen kann wegen unerkannten Produktmängeln, bewussten Manipulationen oder unzulässigen Praktiken in immer mehr Lebens- und Rechtsbereichen zu einer Vielzahl von Schäden führen.<sup>11</sup>

Auf Nachfrageseite typischerweise davon betroffen sind *Verbraucherinnen*. Diese drohen besonders unter dem Phänomen anbieterseitig verursachter Mas-

---

<sup>7</sup> Zur Chronologie der Ereignisse eingehend *Thönissen*, ZJP 133 (2020), 69 (70 ff.). Weitergehend (mit internationaler Perspektive) auch *Gsell/Möllers*, in: *Gsell/Möllers*, S. 465 (466 ff.).

<sup>8</sup> Insoweit zum Gesetzgebungsprozess *R. Koch*, MDR 2018, 1409; *Röthemeyer*, MFK, Einf. Rn. 69 ff.; *Schneider*, BB 2018, 1986 f.

<sup>9</sup> *Althammer*, in: *Zöller*, ZPO, Vorb. § 50 Rn. 5; *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, ZPR, § 40 Rn. 26.

<sup>10</sup> *Haß*, Die Gruppenklage, S. 2 f., 20 f.; *Lange*, Das begrenzte Gruppenverfahren, S. 12.

<sup>11</sup> Näher *Augenhöfer*, Durchsetzung des Verbraucherrechts, S. 4; *Basedow*, EuZW 2018, 609 f.; *Reuschle*, BKR 2020, 605; *Röthemeyer*, VuR 2020, 130 (131); *Stadler*, Bündelung von Interessen im Zivilprozess, S. 1 ff.

senschäden zu leiden, da sie sich in den rechtlichen Beziehungen zu Unternehmen einem in der Sozialstruktur angelegten *Ungleichgewicht* ausgesetzt sehen.<sup>12</sup> Auf legislativer Ebene wird in Europa deshalb seit Jahren versucht, der Verteilung der Marktmacht durch eine Stärkung des Verbraucherschutzes entgegenzuwirken, wodurch *materiell-rechtlich* inzwischen hohe Standards gesetzt sind.<sup>13</sup> Allerdings sind Verbraucherinnen genauso darauf angewiesen, dass ihnen wirk-same Möglichkeiten zur Geltendmachung ihrer Rechte zur Verfügung stehen. Entsprechende Sonderregelungen bzw. ein ähnliches Schutzniveau haben sich auf *prozessualer* Ebene aber nicht herausentwickelt.<sup>14</sup> Gerade dies erscheint v.a. in Massenschadenskomplexen kritisch: Denn ihnen haften im Rahmen der Rechtsdurchsetzung mehrere Probleme an, die schon seit längerem Gegenstand einiger Untersuchungen sind.

Zur Umschreibung der tendenziell fallabhängigen Defizite haben sich in der Rechtswissenschaft dabei die Kategorien der „Massen- bzw. Großschäden“ (nachfolgend nur *Großschäden*) sowie der „Bagatel- bzw. Streuschäden“ (nachfolgend nur *Bagatellschäden*) etabliert, wobei die Bezeichnungen teils unterschiedlich interpretiert werden.<sup>15</sup> Die Differenzierung folgt der Prämisse, dass die individuelle Rechtsdurchsetzung je nach der Intensität des Schadens verschiedenen Hindernissen begegnet.<sup>16</sup> Bei Großschäden soll wegen des Umfangs des Haftungsfalls die *effektive, ressourcengerechte* und *einheitliche* Anspruchsdurchsetzung in Individualverfahren Schwierigkeiten bereiten.<sup>17</sup> Demgegenüber sollen Bagatellschäden Konstellationen beschreiben, in denen es aufgrund der Geringwertigkeit der Einzelschäden gar nicht zu deren Geltendmachung kommt, da die Geschädigten in einem Zustand des *rationalen Desinteresses* verharren, und die fehlende Kompensation in Summe zu beträchtlichen Unrechtsgewinnen auf Seiten der Schädigerin führt.<sup>18</sup> Der Unterschied macht sich primär darin bemerkbar,

---

<sup>12</sup> Kocher, Funktionen der Rechtsprechung, S. 48 ff.

<sup>13</sup> Exemplarisch zu nennen sind die Vorschriften, welche durch die Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.5.1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkauf und der Garantien für Verbrauchsgüter, ABl. Nr. L 171/12 v. 7.7.1999 („Verbrauchsgüterkauf-RL“) in das BGB eingeführt wurden.

<sup>14</sup> Zu dieser Divergenz Lohr, Verbraucherstreitbeilegung und Verbraucherinteresse, S. 18 ff.; siehe auch Fries, NJW 2016, 2860 (2861).

<sup>15</sup> Vgl. Alexander, JuS 2009, 590 (594); Eichler, Kollektive Rechtsschutzzinstrumente, S. 24; Geiger, Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess, S. 19 f.; Lange, Das begrenzte Gruppenverfahren, S. 3 f., 13; Wagner, Gutachten 66. DJT, A 106 f., 119.

<sup>16</sup> Buchner, Kollektiver Rechtsschutz für Verbraucher, S. 33.

<sup>17</sup> Vgl. v. Bar, Gutachten 62. DJT, A 80; Geiger, Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess, S. 24 f.; Meller-Hannich, Gutachten 72. DJT, A 26 f.; Wagner, in: Casper et al., S. 41 (55).

<sup>18</sup> Fiedler, Class Actions, S. 35 ff.; Geiger, Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess, S. 25; Meller-Hannich, Gutachten 72. DJT, A 24 f.; Poelzig, Normdurchsetzung durch Privatrecht, S. 40 f.; siehe auch Hörmann, VuR 2016, 81.